



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Xavier Ganiot und Vincent Brodard

QA 3110.13

Wegzug von Unternehmen: Welche Strategie verfolgen die Wirtschaftsförderung und der Staatsrat?

I. Anfrage

Wir haben am 25. Januar 2013 aus der lokalen Presse erfahren, dass die Firma Zumwald SA in die Industriezone von Avenches wegzieht. Auch wenn die Standorte von Villars-sur-Glâne und Givisiez aktiv bleiben, kündigt die Firma an, dass die Mehrheit der Angestellten (~70 Personen) künftig am Waadtländer Standort arbeiten werden.

Avenches gewinnt dadurch auch das Projekt eines neuen Logistikzentrums, in das die Firma etwa 30 Millionen Franken investieren wird.

Der Wegzug dieses 1929 gegründeten Freiburger Unternehmens wird mit dem Mangel an grossen Grundstücken in unserem Kanton erklärt. Auch wenn dieses Argument durchaus verständlich ist, so kann es nicht einfach hingenommen werden. Wie die VWD in der Presse darlegt, ist es schwierig Grundstücke für Unternehmen zu finden, die sich im Kanton niederlassen möchten (la Liberté vom 25.01.13 – S. 9). Dies ist aber kein Ding der Unmöglichkeit!

Der Entscheid der Firma Zumwald SA ist für unsere kantonale Wirtschaft besorgniserregend, denn er fällt kurz nach der Ankündigung des Wegzugs der Firma Boschung SA nach Payerne.

Ausserdem informiert uns die Website von La Télé (<http://www.latele.ch/lesinfos>), dass die Firma Scierie Despond in Bulle einen Teil ihrer Tätigkeit aus dem Kanton abziehen könnte – namentlich in die Waadtländer Broye.

Auf diese beunruhigenden Entwicklungen angesprochen, antwortet der Volkswirtschaftsdirektor lapidar, dass es keinen Grund gäbe, diesen Wegzügen nachzutrauern (La Liberté vom 25.01.13 – S. 9 + Matin Dimanche vom 27.01.13 – S. 19). Diese Stellungnahme scheint uns sanft ausgedrückt nicht zufriedenstellend.

Aufgrund dieses Sachverhalts stellen wir dem Staatsrat folgende Fragen:

1. Was haben die Wirtschaftsförderung des Kantons und die Volkswirtschaftsdirektion unternommen, um den Wegzug der Firmen Boschung SA und Zumwald SA zu verhindern? Wie sehr haben sie sich dafür eingesetzt?
2. Muss mit weiteren Wegzügen von Unternehmen gerechnet werden? Verfügt der Kanton über Informationen, die noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt sind?

3. Welche Lösungen beabsichtigen der Staatsrat und die Wirtschaftsförderung des Kantons zu finden, um eine Trendwende herbeizuführen und weitere Wegzüge von grösseren Unternehmen zu verhindern oder sogar neue anzulocken?

28. Januar 2013

II. Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat räumt ein, dass das aktuelle Angebot an Industrieflächen im Kanton generell ungenügend ist, insbesondere was Grundstücke von einer gewissen Grösse betrifft (über 20 000 m²). Die kantonale Bodenpolitik und insbesondere die Politik der strategischen Zonen soll es erlauben, in den kommenden Jahren neue Industrieflächen bereitzustellen. Diese neuen Zonen werden jedoch zurzeit geprüft und sind nicht sofort verfügbar.

Der Staatsrat beantwortet die Fragen der Grossräte Ganioz und Brodard wie folgt:

1. Was haben die Wirtschaftsförderung des Kantons und die Volkswirtschaftsdirektion unternommen, um den Wegzug der Firmen Boschung SA und Zumwald SA zu verhindern? Wie sehr haben sie sich dafür eingesetzt?

Die beiden Fälle traten zwar in einem Zeitraum von wenigen Wochen auf, ihr Kontext ist aber sehr unterschiedlich.

Zumwald SA: Die Firma stand im Frühjahr 2012 mehrmals in Kontakt mit der Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg (WIF). Die WIF hat aktiv nach Lösungen für eine Niederlassung dieses Unternehmens gesucht, das jedoch sehr hohe geografische Anforderungen stellte, denn es wollte sich ausschliesslich im Grossraum Freiburg niederlassen. Man musste sich jedoch der Tatsache stellen, dass in diesem Raum kein 20 000m² grosses Gelände zur Verfügung stand. Den anderen Vorschlägen (z.B. Rossens) zog das Unternehmen schliesslich einen Standort an einer Verkehrsachse vor, die seiner Meinung nach dem Geschäft mehr Vorteile bietet. Falls jedoch ein Gelände verfügbar gewesen wäre, ist davon auszugehen, dass die Firma im Grossraum Freiburg geblieben wäre.

Boschung SA: Der Zusammenzug der Firma Boschung auf dem Gelände des Aéroport in Payerne gründet hauptsächlich im besonderen Interesse dieses Unternehmens für diesen besonderen Standort, der für Aktivitäten im Bereich der Luftfahrt bestimmt ist und so einen idealen Rahmen für das Wachstum der Firma bietet, deren Produktpalette zu einem grossen Teil für den Betriebsflächenunterhalt auf Flughäfen bestimmt ist. Die WIF wurde in diese Entscheidung nicht einbezogen.

In beiden Fällen haben die Firmen einen idealen Rahmen für das Wachstum und die Weiterentwicklung ihrer Tätigkeit gefunden und kein einziger Arbeitsplatz von Freiburger Einwohnerinnen und Einwohnern war bedroht. Die beiden Firmen sollten künftig sogar noch neue Arbeitsplätze schaffen, die den Freiburgerinnen und Freiburgern in einer vertretbaren Entfernung zur Verfügung stehen.

In diesem Zusammenhang ruft der Staatsrat in Erinnerung, dass es zwar gut ist, wichtige Unternehmen im Kanton aufnehmen zu können, dass das eigentliche Ziel aber ist, für die Freiburgerinnen und Freiburger interessante Arbeitsplätze zu schaffen oder zu behalten. Wenn sich ein Unternehmen in der Waadtländer oder Freiburger Broye niederlässt, profitieren auch Freiburgerinnen und Freiburger von den Arbeitsplätzen, was auch dem wirtschaftlichen Wohl unseres Kantons direkt zugutekommt. Es ist ein wichtiges Anliegen der Volkswirtschaftsdirektion (VWD), für die Bevölkerung des Kantons nahegelegene Arbeitsplätze anbieten zu können (hauptsächlich um die Pendlerströme einzudämmen) und ihre diesbezüglichen Anstrengungen sollten sich deshalb nicht auf die engen Grenzen des Kantons beschränken. Aus dieser Perspektive kann sich die wirtschaftliche Entwicklung der Broye nur positiv auf den Kanton Freiburg auswirken.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Zone des Aéroport Payerne ein von der COREB (Communauté régionale de la Broye) gefördertes Projekt ist. Diese Vereinigung setzt sich aus Waadtländer und Freiburger Gemeinden zusammen.

2. Muss mit weiteren Wegzügen von Unternehmen gerechnet werden? Verfügt der Kanton über Informationen, die noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt sind?

Die Groupe E hat angekündigt, dass sie demnächst ein Betriebszentrum im Payerne schaffen wird, in dem 54 Mitarbeitende zusammengelegt werden, die zurzeit an vier verschiedenen Standorten arbeiten, darunter zwei provisorische Standorte in Courgevaux (23 Personen). Mit dieser Zusammenlegung wird bezweckt, die Präsenz des Unternehmens im Kanton Waadt zu gewährleisten, denn die Firma versorgt die Regionen Payerne und Avenches. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Umstrukturierungen der Groupe E in den vergangenen Jahren weitgehend dem Kanton Freiburg zugutekamen. Als Beispiel kann die Schaffung des Betriebszentrums «Süd» mit der Verlegung von rund zehn Mitarbeitenden von Château-d'Oex nach Sâles genannt werden sowie die Eröffnung des Verwaltungszentrums in Granges-Paccot mit der Verlegung von 80 Mitarbeitenden, die zuvor im Kanton Neuenburg gearbeitet haben.

Abgesehen von dieser Meldung verfügt der Staatsrat über keine Informationen, die ihn dazu veranlassen würden, diese Einzelfälle als Vorzeichen einer längerfristigen Tendenz zu werten.

3. Welche Lösungen beabsichtigen der Staatsrat und die Wirtschaftsförderung des Kantons zu finden, um eine Trendwende herbeizuführen und weitere Wegzüge von grösseren Unternehmen zu verhindern oder sogar neue anzulocken?

Der Staatsrat hat natürlich zum Ziel, attraktive Rahmenbedingungen für die im Kanton niedergelassenen oder an einer Niederlassung interessierten Unternehmen zu bieten. In den vergangenen Jahren konnten grössere Niederlassungen und Ausdehnungen von Aktivitäten realisiert werden (1'000 geschaffene Arbeitsplätze bei einem Investitionsvolumen von etwa 1 Milliarde Franken: Ladurée im Jahr 2010; UCB Farchim und Agroscope im Jahr 2011; Nespresso im Jahr 2012).

Im Rahmen der aktiven Bodenpolitik gelang es dem Staatsrat, die Schaffung mehrerer Standorte zu veranlassen, die den effektiven Bedürfnissen der Unternehmen entsprechen, und zwar namentlich die Arbeitszonen Birch in Düringen und Bertigny in Villars-sur-Glâne. Der Staatsrat weist auch darauf hin, dass er sich am Erwerb des Geländes der ehemaligen Cardinal-Brauerei und eines Grundstücks an der Route des Arsenaux in Freiburg beteiligt hat, um die Niederlassung von Unternehmen mit hoher Wertschöpfung zu begünstigen. Die Güterzusammenlegungen im Rahmen des Baus der H189 in Bulle haben zu freien Grundstücken geführt, die im Besitz des Staats sind und der Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt werden können. In Koordination mit der Gemeinde hat der Kanton auch bei der Bereitstellung der nötigen Grundstücke für die Niederlassung der Firma Nespresso in Romont mitgewirkt. Ausserdem haben die Volkswirtschaftsdirektion und die Wirtschaftsförderungen grosse Anstrengungen gemacht, um die Firma Bumotec SA bei der Suche nach einem neuen Standort zu unterstützen, an dem sie ihre Tätigkeit ausbauen kann.

Der Staatsrat hat ferner mehrere Studien zur Planung der aktiven Bodenpolitik durchgeführt, dies namentlich im Rahmen der neuen Regionalpolitik und in Zusammenarbeit mit der RUBD. In allen strategischen Sektoren sind Arbeiten im Gange.

Die strategischen Sektoren müssen den Bedürfnissen von Unternehmen mit hoher Wertschöpfung entsprechen. Die Tätigkeit des Kantons im Bereich der Raumplanung konzentriert sich folglich auf die Planung der Gebiete von kantonaler Bedeutung. Für die Arbeitszonen von lokaler Bedeutung sind die Gemeinden zuständig. In diesem Bereich muss der Kanton bei der Prüfung der Eingaben der Gemeinden die Vorschriften des Bundes bezüglich der Dimensionierung der Arbeitszonen beachten. Diese Vorschriften haben einen direkten Einfluss auf die Einzonierungen.

Der Kanton Freiburg muss heute seine Arbeitszonen sehr sorgfältig einsetzen, denn die Standorte, die sich am besten für Unternehmen mit hoher Wertschöpfung eignen, sind rar. Darum muss versucht werden, auf die Bedürfnisse von Unternehmen mit einer kleinen oder mittleren Zahl von Mitarbeitenden, aber einem grossen Platzbedarf die richtige Antwort zu finden. Der Staatsrat hat auch einen Lenkungsausschuss geschaffen, der die Aufgabe hat, alle Fragen zu den Fördermechanismen der aktiven Bodenpolitik zu prüfen, die die Finanzierung von Industriegeländen durch öffentliche Körperschaften begünstigen.

Eine starke Positionierung des Kantons ist ein strategisch wichtiger Faktor, um neue Unternehmen anzuziehen. Der Technologiepark blueFACTORY, der zurzeit im Entstehen begriffen ist, wird in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen.